

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.00 Mark
auszuschließen. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
anlässlich der Zeitungsbeziehung unter
Sonder-Zustellungsbedingungen. Die un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
General-Verwaltung: Halle, 1132,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133;
Der Bezug-Abteilung Nr. 1133;
Dofschke-Romano Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
werd. 8. 1/2 geölt. 38 mm dr. Roten-
zeile od. der. Raum mit 36 Bl. a. 10
10". Zuschlag berechnet und auf.
Annahmestellen a. allen Anzeigen-
geschäften. Kleinanzeigen 78 mm
breite Zeile 1 Bl. a. 10". Zuschlag.
Anzeigen Annahmestellen: Halle,
11 Uhr, für die Sonntags-Bl. ab 6
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erschließungsort: Halle, Erfurt
10 Uhr, 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. a. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Dr. Braun-
haus 17. Neben-Geschäftsstelle: 22.
März 24 und Große Poststraße 22.

Nr. 270.

Halle, Mittwoch, den 12. Juni.

1918.

Schwere feindliche Niederlagen im Westen

Die Abwehr der französischen Gegenangriffe. — Eine große Zahl feindlicher Panzerwagen zerschossen. — Erhöhung der Gefangenenzahl bei der Armee Hutier auf 13 000. — Die neuen Fortschritte.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Juni.

Westlicher Kriegshauptlag.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artilleriekommando westlicher Stille. Die Infanteriestärke ist
auf Grundausgeleichte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals v. Hutier
westlich den erwarteten, zur Wiederaufnahme des Höhenrückens süd-
westlich von Noyon geführten großen Vorstoß mehrerer französischer
Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schweren Verlusten
wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Plovron
bis Antheit zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz
gebrachten Panzerwagen liegen zerschossen auf dem Kampfplatze.
Zwischen Metz und Sedan, wo der feindliche Aufmarsch an unserm
Gegensatz scheiterte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkel-
heit an. Das westliche Niederufer nördlich der Mos-Mündung
wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee ein-
genommenen Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon zwang den
Feind zur Abnahme seiner Stellungen im Carlepoint-Walde,
auf dem Hügel der Dille. Dem weitestenden Feinde stehen wir
über Carlepoint und Calsnes hart nach und erreichen
kämpfend die Linie nördlich von Bailly-Trang-De Val,
westlich Hampeul.

Hartnäckig und ohne Opfer scheuend lehnte der Feind seine
vergeblichen Angriffe nordwestlich von Choleau-Thierry fort.
Mehrfacher Infanterie brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

10 500 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um
England sind neuerdings durch die Taktik unserer
U-Boote

10 500 Tonn. Frz.

Handelsflotte versenkt worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abwartende Haltung der Pariser.

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Morning-
post“ meldet am Dienstag aus Paris: Die Vorzüge an der
Front werden von der Bevölkerung ohne Bestimmtheit be-
sprochen. Die Bevölkerung der Hauptstadt ist ruhig und er-
wartet mit Interesse die Gegenmaßnahmen der Alliierten.

Eine neue Versicherung Clemenceaus.

„Compigne ist nicht bedroht.“

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Daily Mail“
meldet am Dienstag aus Paris: Clemenceau wiederholte bei
seiner Rückkehr von der Front gegenüber den Pressevertretern
die Versicherung, daß Compigne nicht bedroht ist.

Frankzösische Eingeständnisse der Verluste.

Genf, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Petit Journal“
meldet von der Front: Wir haben uns mit der Preisgabe
französischen Bodens abgefunden, da sie nur vorübergehend
sein kann. Die Rücknahme unserer Linien bei Noyon in der
Nähe auf Compigne ist nicht ohne Verluste verlaufen,
wie an einigen Brennpunkten erheblich waren.

Pariser Stimmungen.

Bern, 12. Juni. (Privattelegramm.) In der „Humanität“
meldet am Montag mit Clemenceau habe seine Rede im „Journal
officiel“ abändern lassen. Die Rede habe dadurch wesent-
liche Veränderungen erfahren, um die Ausdrücke zu vertuschen,
die einen niederschmetternden Eindruck im Westen hätten
machen können. Nach dem französischen Presseorgan
schreibt Albert Thomas über die französische Kammerbesitzung
vom 4. Juni, die Kammer hätte der Regierung mit großer
Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen, aber das Vertrauen war
nicht vollständig. Unsere militärische Lage ist sehr ernst.
Deswegen sind sofort und nicht erst in einigen Monaten wic-
tige Entscheidungen notwendig, die teilweise schwierige Natur
sind. Aber wir müssen getroffen werden, damit das Land voll-

kommenes Vertrauen in seine Führer hat. Die „Humanität“
sagt, Clemenceau habe erklärt, daß das heutige Kabinett ge-
wisse politische Bestrebungen begünstigen werde. Damit wisse
er aus in die keine Opposition zurück. Es gehen Gerüchte um
über gewisse Vorbereitungen der Regierung, genau so, wie
über gewisse Maßnahmen der Vergangenheit.

Die Luftangriffe hinter der Front.

Zürich, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Secolo“ meldet
aus Paris: Im Kaiser Gemeinderat wurde auf eine Be-
stimmung bei der Regierung erwidert, es liege für Frankreich
kein Grund vor, mit dem Feinde über die gegenseitige Ein-
stellung der Luftangriffe auf Städte außerhalb des Opera-
tionsgebietes zu verhandeln, sofern der Feind nicht ein
solches Bugehren von selbst ausprobiere. „Secolo“
berichtet ferner, daß auch amerikanische Flieger in immer
größerer Anzahl sich an der Beteiligung der Hauptstadt be-
teiligen.

Kriegswahnsinn amerikanischer Weiber.

Bern, 12. Juni. (Privattelegramm.) Der Kriegswahnsinn
scheint in Amerika die Weiber noch mehr gepackt zu haben.
10 Weiber schickte mit mehr als 30 000 Mitteln haben
sich zu einem Nationalstreik gegen die deutsche Kultur in
Amerika vereinigt, mit dem Hauptziel, die deutschen Zeitun-
gen zu verbrennen. Sie haben auch eine öffentliche
Bühne, auf der sie die deutsche Kultur und auf den öffentlichen Gebrauch
der deutschen Sprache abgelehnt.

Die Krakauer Beschlüsse.

WTB. Wien, 11. Juni. (Melbung des Wiener K. u. K.
Korresp.-Bureaus.) Die Alliierten stellen fest, daß durch die
geleitete in Krakau gefassten Beschlüsse des parlamentarischen
Auslasses des Polenklubs, die die Entwertung der Regie-
rung Seiner fordern, die parlamentarische Lage eine jähe
Wendung erfahren habe. Es wird nunmehr die Einberufung
des Reichsrats als in Frage gestellt betrachtet. Eine Ent-
scheidung wird nicht vor Ende der Woche erwartet. Von
polnischer Seite wird betont, daß die Beschlüsse des parla-
mentarischen Ausschusses des Polenklubs ein Bekenntnis zum
Staate bedeuten und sich für die Staatsnotwendigkeiten und
für eine Verständigung mit den deutschen Parteien erklären.
Auf deutscher Seite erklärt man dagegen in den Beschlüssen
eine Spitze gegen die nationalpolitischen Interessen der
Deutschen, wodurch die Verhandlungen über eine An-
näherung ein günstiges Ergebnis als fraglich erscheinen lassen.

Der Friede im Südkaukasus.

Konstantinopel, 11. Juni. (Privattelegramm.) Wie die
Alliierten melden, berichtet Zaitkinminister Hüsi Bek aus Ba-
tumi, daß der Friede mit den Delegierten des Südkaukasus
unterzeichnet worden ist.

Das Arbeitskammergesetz im Ausschusse

Im Reichstagsausschuss für das Arbeitskammergesetz gab
Geh. Oberregierungsrat Siegfried im Namen der Regierung
zu dem Beschluss auf Errichtung von Arbeitskammern auf
räumlicher Grundlage ohne Zwangsmitteln zur Vertretung der
besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertre-
tung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer die Erklärung ab, daß die Verbündeten Regierungen
diesem Beschluss nicht zustimmen könnten, sich gleichwohl aber
an der weiteren Beratungen beteiligen könnten in der Hoff-
nung, bis zur zweiten Lesung zu einer Beschleunigung mit den
Parteien zu kommen. Die Regierung könnte sich höchstens
für den Antrag 7 imborn erklären, der Sachkammern für die
hauptächlichsten Industrie- und Berufszweigen, abgegrenzte
Kammern für die übrigen lebenden Gewerbezweige vorschlägt.
Auf diese Erklärung der Regierung hin beschloß der Aus-
schuss, die Verhandlungen abzubrechen, um den einzelnen
Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage
Stellung zu nehmen.

Ein Kompromiß bei der Weinsteuern?

Der Reichstagsausschuss für die Beratung der Getränke-
steuern begann am Dienstag die zweite Lesung mit der Wein-
steuer, in der ersten Lesung ist eine Beschleunigung der Wein-
steuer von 20 auf 10 Prozent beschlossen worden. Zur zwei-
ten Lesung liegt nun ein Kompromißantrag vor, die Wein-
steuer wiederum auf 20 Prozent festzusetzen, den Bundesrat
jedoch zu ermächtigen und auf Verlangen des Reichstags zu
verpflichten, nach Kräftigen diesen Satz für Weine bis zu
2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. Zu einer
Abstimmung kam es aber noch nicht.

Der Wille der Mehrheit.

Gegen die Kriegsteilnehmer.

Ueberraschungen hat auch die vierte Lesung der Wahl-
rechtsnovellen im preußischen Abgeordnetenhause nicht
gebracht. Der Wille der Mehrheit liegt. Und der „Stag“
erhielt mit einer noch stärkeren Stimmenzahl als bisher.
Deutlicher als bisher kam aber auch die
Volksfeindlichkeit der Mehrheit zum Aus-
druck, die Volksfeindlichkeit im allgemeinen und die poli-
tische Feindschaft gegen die Kriegsteilnehmer im besonderen.
Die ganze Sitzung lief auf eine Verhöhnung
des Volkes hinaus! Um das festzustellen, braucht
man nur einmal einen ausführlichen Bericht über die Sitzung
anzusehen. Die bereitgestellten Fragen der Linien über die
Geheimnistruer mit dem sogenannten Kompromißantrag,
die zu einer Ueberrumpelung durch Verhinderung einer
öffentlichen Kritik führen sollte, wurden von der Mehrheit
mit Geistesgegenwart; einzelne Berichte verzeichnen
mehrfach: Höhnisches Gelächter rechts! In die er angenehmen
Heiterkeit der Rechten spiegelt sich der Ernst wider, mit dem
die Mehrheit an die Entscheidung der vierten Lesung dieser
Vorlagen heranging!

Das Steuerrecht der Reformgesetzgebung soll immer
weiter und weiter gedrückt werden. Das war dann der
weitere Sinn der Verhandlungen. Die Vorlage der Regie-
tung hat eine unendliche Verschlechterung bei der ersten,
zweiten und dritten Lesung erfahren. Bei der vierten Lesung
ist gestern diese Verschlechterungsarbeit gründlich fortgesetzt
worden, so gründlich, daß alle wirklich liberalen Kreise kein
Interesse mehr an der Arbeit haben und nur noch auf den
Moment warten können, wo die Regierung das entscheidende
Votum spricht: Werft das Scheusal in die Volkshölle! Er-
freulicherweise hat die Regierung durch den Mund des
Ministers des Innern Dr. Drems aus gestern wieder ver-
stehen lassen, daß der Antrag der Mehrheit, der von einem
Kompromiß so gar nichts an sich hat, für die Regierung un-
annehmbar ist. Besser und wirkungsvoller wäre es aller-
dings gewesen, wenn die Regierung das längst ersehnte Wort
von der Auflösung dieser Volkswortredung, die auch nicht das
geringste Gefühl für das Volksempfinden besitzt, ausge-
sprochen hätte.

Wenn wir dem Gange der gestrigen Verhandlungen
folgen wollen, so ist zunächst festzustellen, daß inselant
der Abstimmungen von größter Bedeutung vorgenommen
worden sind. Alle vier Abstimmungen brachten Ent-
scheidungen gegen das Volk! In vierfachen Be-
schlüssen wurde die Entwertung der dritten Wahlen und die
plutokratische Bevorzugung einer dünnen Wohlvermögensschicht
festgelegt. Der Wille der Mehrheit verlangt, daß in Preußen
so irtlich rechtlos sein soll, wer nicht zu ei Jahre an einem
Orte wohnhaft ist, während bisher die Erlangung des preu-
sischen Wahlrechts an einen ein jährigen Aufenthalt an
dem Orte der Wahl geknüpft war. Obwohl man durch die
Bestimmung des zweiwährigen Wohnsitzes Tausenden von An-
gestellten und noch mehr Tausenden von Arbeitern das Wahl-
recht nimmt, erfolgte die Annahme dieses volksfeindlichen
Beschlusses gestern mit 223 gegen 188 Stimmen. Würde
diese Fassung jemals Gesetz werden, dann wird es passieren,
daß unendlich viel Wähler überhaupt nie Gelegenheit haben,
sich an der Wahl zum preussischen Abgeordnetenhause zu be-
teiligen.

Die Regierungsvorlage bei § 3 fiel natürlich auch geltend
unter den Tisch. Während das gleiche Wahlrecht bei der
zweiten Lesung mit 235 gegen 183 und bei der dritten mit
226 gegen 185 Stimmen abgelehnt wurde, erfolgte die Ver-
schiebung bei der gestrigen vierten Lesung mit 235 gegen 164
Stimmen. Dafür kam der aus guten Gründen bis zur letzten
Stunde geheim gehaltene Antrag Lohmanns-Brandbränd-
bildes zur Annahme, der nur eine reaktionäre Verschlechterung
des Antrags Lohmann bei der dritten Lesung ist. Der
Konmissionsbeschluss der Mehrheit mit dem Stimmenrecht
war in der zweiten Lesung mit 232 gegen 183 Stimmen ab-
gelehnt worden, während er bei der dritten Beratung mit 238
gegen 191 Stimmen verworfen wurde. Der ehemalige
Antrag Lohmann war bei der dritten Beratung mit 238
gegen 78 Stimmen abgelehnt worden, während er gestern
noch seine erheblichen Verschlechterung durch Herrn a. Hebe-
brand, dem Herr Dr. Lohmann nur ein geringfügiges Verzeu-
gen ist, mit 255 gegen 164 Stimmen Annahme fand. Der ver-
schleierliche Antrag der Reaktion wurde so recht deutlich

Das Reichsteuergesetz im Hauptauschuß.

Die Einbeziehung der Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens. — Graf Roeder gegen den sozialdemokratisch-fortschrittlichen Antrag. — Befreiung der Sparkassen von der Umsatzsteuer?

den Willen der Mehrheit auf Entschätzung weiterer Ersparungsstellen. Die zweite Zusatzkommission werden laufende von Blättern einlag beschuldigt bekommen können, weil sie nicht fünf (!) Arbeiter zu beschäftigen haben oder weil sie nicht über ein Ehrenamt verfügen usw. Die Zusatzkommission auf das in der heutigen Zeit schon recht beträchtliche Alter von 50 Jahren werden gerade diejenigen nicht erhalten können, die von jüngerer Jugend an schwer arbeiten mußten, weil diese Altersgrenze eben nicht erreicht wird. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten würden aber nicht nur die Schwächeren der Bevölkerung sein, sondern alle die Millionen von Frontkämpfern, die in Eis, Schnee und Regen für den Befehl und für die Zukunft des Vaterlandes stritten. Die Gesundheit dieser Millionen ist zum mindesten nicht gefördert worden. Vielen Tausenden ist die Gesundheit so beeinträchtigt worden, daß sie bereits das Alter von 50 Jahren nicht erreichen werden. Für diese Beeinträchtigung der Gesundheit, die sie dem Reiche darbrachten, sollen diese Frontkämpfer mit politischer Benachteiligung bestraft werden — nach dem Willen der Mehrheit!

Für ihr Verbleiben zur Volkseinkommensteuer erhält die Mehrheit aber noch Gelegenheit durch einen verbündeten Antrag des linksnationalen Abgeordneten Bagmeier. Der Antrag ging dahin, daß jeder Kriegsteilnehmer er sowie jeder Wähler, der einen eigenen Haushalt führt, eine Zusatzkommission erhalten soll. Auch diesen Antrag lehnte die Mehrheit ab, und zwar mit 251 gegen 147 Stimmen! Wer sich über die Gesinnung der Mehrheit noch im unklaren war, wird solche Klarheit nach dieser unglücklichen Tat erlangt haben. Die Ablehnung des Antrags Bagmeiers wird in der Heimat aus an der Front die heftige Empörung hervorgerufen. Diese Tat der Mehrheit wird auch allen künftigen Reichstagsversammlungen der Mehrheit den Boden eröffnen. Beträubt ich es, daß nach einzelnen Berichten selbst Offiziere der Reichsarmee gegen die Einwilligung der Zusatzkommission an Kriegsteilnehmer gestimmt haben. Wir dürfen jedoch annehmen, daß dies nicht Offiziere sind, die den Geist deutscher Kameradschaft in Not und Tod kennen gelernt haben, der unter Heer hart und unüberwindlich macht, sondern Offiziere in Stellungen, wie sie z. B. Graf Spoe zu bekleiden das Glück und die Ehre hat. Das große ironische Wort von dem „Dank des Vaterlandes“ wird nach dem geistigen schwarzen Lager wieder in erhöhtem Maße eine Rolle spielen. Für eine rechtliche Anwendung dieser Ironie liegt jedoch kein Grund vor, denn die Mehrheit noch gestern ist nicht die Mehrheit der Zukunft, nicht die Mehrheit des Volkes. Der Beschluß der Reaktion muß aber auf jeden Fall verhängnisvoll werden. Und es ist aus zu befürchten, daß viele politische Erbitterung in den Reihen unserer heldenhaften Kämpfer weiter frucht. Durch eine rechtzeitige Aufhebung hätte die Regierung den volkswirtschaftlichen Beschluß von gestern verhindert und damit die Stimmung der Frontkämpfer nicht beeinträchtigt. Der Regierung muß immer wieder geredet werden, daß die Wahl der Stimmung sie viel weniger beeinträchtigen können als Beschlässe, wie sie aus der gestrige Tag drachiel! Deshalb tut die Regierung auch gut daran, wenn sie das Spiel der Reaktion nicht bis ins Unendliche fortsetzen läßt. Anfang Juli steht uns jetzt eine für die Lösung der Wahlreformungen bevor. Wenn der Mehrheit noch weitere Verschönerungen einfallen, wird sie von ihrem Ideenreichtum auf diesem Gebiete auch künftig Gebrauch machen und die Stimmung weiter aufpeitschen. Gegen ein solches Treiben gibt es nur ein Mittel: Die Auflösung!

Das Branntwein-Monopol.

Der Reichstagsauschuß für das Branntweinmonopol nahm nach der Sitzung keine Verhandlungen mehr auf. Vom Abg. Böcher (D. Fr.) wurde unter Hinweis auf die bei der Wölfeuer und der Weinsteuer beschlossenen Steuerherabsetzungen auch eine entsprechende Ermäßigung der Branntweinsteuer verlangt. Er hielt die Haltung der Regierung gegenüber diesen Herabsetzungen für ungewisslich und beantragte Ausweisung der Beratungen, bis sich die Regierung zu diesen Herabsetzungen erklärt hat.

Unterstaatssekretär Schäffer: Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß die beschlossenen Herabsetzungen wieder aufgehoben werden. Es besteht allerdings ein Zusammenhang der Steuererläge untereinander und das Gleichgewicht der Belastung durch die einzelnen Steuern muß so aufrecht erhalten bleiben, wie es von der Regierung vorgeschlagen ist.

Abg. Wilm (Sp.): Wenn wir nur eine Ja-Jagd-Maschine sein sollen, dann können wir ja nach Hause gehen. Unterstaatssekretär Schäffer: Von einer Ja-Jagd-Maschine ist gar keine Rede, aber es müßte auf die Bedeutung hingewiesen werden, die es hat, wenn man solche Herabsetzungen beschließt, ohne an die Folgen in anderen Abgaben zu denken. Die Steuererläge stehen in einem inneren Zusammenhang, daran muß man stets denken. Auch der Reichsstaatssekretär Graf Roeder verlangte die Berücksichtigung der Vorlage im Zusammenhang mit den anderen Steuererlägen. Gewiß werde das Branntweinmonopol jetzt im Reiche noch nichts bringen, aber man müsse bedenken, daß das Monopol mindestens 1 1/2 Jahre zu keiner Durchführung brauche. Der Reichsstaatssekretär regt an, Einzelfragen in einem Unterausschuß für eine spätere Gelegenheit vorzubereiten, jetzt aber die Grundlagen für das Monopol gesetzlich festzulegen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde eine gründliche Beratung des Monopols gleichwohl für notwendig gehalten und der Regierung vorgeschrieben, daß sie die Vorlage so spät beim Reichstag eingereicht habe. Ebenfalls könne man sich nicht zu einer überflüssigen Beratung entschließen, nur weil die Regierung aus äußeren Gründen Wert auf eine gemeinsame Berücksichtigung aller Steuererläge lege.

Die Weiterberatung der Monopolvorlage selbst ging bei 53 vor sich, der Rest, was als landwirtschaftliche Brenneren“ anzusehen ist, denen eine Reihe von Vergünstigungen gegenüber den gewerblichen Brenneren eingeräumt werden. Wegen die Fassung der Vorlage werden von verschiedenen Sei-

Die Beratung des Reichsteuergesetzes wurde im Hauptauschuß fortgesetzt. Ein sozialdemokratisch-fortschrittlicher Antrag fordert die Einbeziehung der Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens in das Stempelgesetz zu einem Steuerfusse von 10 Prozent.

Abg. Waldstein (Sp.) begründete den Antrag und rechtfertigte die Zufälligkeit des Reichs. Der Antrag trage allen Bedenken Rechnung und solle die bestehende kleine Fideikommisssteuer, die unzureichend sei, ersetzen durch einen Stempel auf den Umsatz gebundenen Besitzes.

Abg. Graf Carmer (kons.): Wenn die Fideikommiss wie die anderen Vermögens auf Steuer herangezogen werden, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wichtig ist, daß die bestehende Fideikommisssteuer ein ungenügender Ersatz für die jetzige Besteuerung sei. Der Antrag atme eine Vereinigenheit gegen die Fideikommiss, die jetzt schlechter gestellt seien als der freie Besitz schon wegen der Erbschaften in der Besteuerung. Außerdem entsehe ihnen der Wertzuwachs infolge des Krieges.

Reichsstaatssekretär Graf v. Roeder erklärte, daß die verbündeten Regierungen sich nicht auf den Boden des Antrags stellen könnten. Die vorgeschlagene Teuerung sei zum Teil eine Reichsrentensteuer und daher für die Regierung unannehmbar.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Ausführungen sind nicht durchschlagend. Das Reich hat zweifellos das Recht, in das Fideikommiss einzugreifen. Das ist bisher auch schon geschehen. Wenn die Regierung sich jetzt dagegen sträubt, so setzt sie sich dem Vorwurfe aus, eine Steuerquelle unausgenutzt zu lassen, während die Armen und Vermitteln besteuert werden. Die Zantiensteuer sei auch eine Sonder-Einkommensteuer, und am etwas anders handelt es sich hier auch nicht. Die

Befreiung der Fideikommiss

ist fastlich bereitigt, denn die Kriegsteuer schon die reichen Leute auf dem Lande. Reiche Leute gründen mit Vorliebe Fideikommiss. Die Steuer lödert ein Vermitteln für den wirtschaftlichen Fortschritt des freien bürgerlichen Besitzes.

Reichsstaatssekretär Graf v. Roeder: Wenn Vorrechte der Fideikommiss bestehen, so beruhen sie auf Landesgesetzen. In das verbriefte gestattete Recht der Fideikommiss kann hier nicht durch eine Sondersteuer eingegriffen werden.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Zufälligkeit des Antrags ist nicht zu bezweifeln; anders sieht es um die Frage, ob er sachlich gerechtfertigt ist. Wir halten es für sehr bedenklich, zu den bereits vorhandenen Steuern noch eine Sondersteuer zu schaffen.

Abg. Kieffer (nl.): Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab.

Abg. Dose (Sp.): Auch wir wollen keine Gelegenheitsteuer, wir halten die Steuer vielmehr sachlich für gerechtfertigt.

Abg. Wilm (Sp.): Wir lehnen den Antrag ab. Nach weiterer Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

In der sorgfältigen Beratung begründete Abg. Waldstein (Sp.) einen Antrag, die

Sparkassen von der Umsatzsteuer zu freieren oder doch wenigstens geringere Sätze zu erheben.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder bezahlen, zu befreien.

ten Bedenken geäußert und größere Sicherheiten dagegen verlangt, daß sich gewerbliche Brennerien zu landwirtschaftlichen Brennerien durchmogeln. § 5 wurde aber schließlich mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Kohlenfragen.

Der Reichstagsauschuß für Handel und Gewerbe verhandelte am Dienstag über die Kohlenfrage, insbesondere über die Versorgung der Städte mit Hausbrand. Ein Vertreter des Reichskohlenkommissars gab der verantwortlichen Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres eine befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Kohle möglich sein werde. Die leichteren Versorgungsbedingungen des Sommers würden voll ausgenutzt werden. Ein Zentrumsredner hob den Ernst der Lage hervor, der durch die Knappheit an Lebensmitteln und an Kleidung vergrößert werde. Die Regierung könne auf Grund ihrer Maßnahmen zuversichtliche Hoffnungen hegen, aber in der Praxis sieht die Sache manchmal anders aus. Ein national-liberaler Abgeordneter verlangte die größtmögliche Ausnutzung aller leer liegenden Eisenbahnanlagen und erörterte die Ursache des Kohlenmangels. Ein Fortschrittler meinte, daß von einer Befreiung der Kohlenbesteuerung bis jetzt nichts zu erwarten sei. Für den kommenden Winter müsse unter allen Umständen wenigstens die Kohlenfrage zur Befriedigung der Bevölkerung gelöst werden. Von anderen Rednern wurde angeregt, die Gemeinden möchten schon jetzt Bezugsverträge für den Winterbedarf ausgeben, damit sich nicht im Herbst bei gezeigten Beförderungsfortschritten alles zusammenhängt. Zu den Arbeiten sollte man in erhöhtem Umfang Seemanns und Arbeiter aus neutralen Ländern und den besetzten Gebieten heranziehen. Der Vertreter des Reichskohlenkommissars sprach ausführlich die Gründe für den bedauernden Mangel an Kohle. Die Frierung des gesamten Winterbedarfes schon im Sommer sei unmöglich. Der Reichskohlenkommissar werde mit allen in Frage kommenden Behörden und Personen engste Hilfen halten. Nach weiterer Aussprache wurde eine Entschließung an-

Abg. Kell (Soz.) empfahl einen sozialdemokratischen Antrag, die in der Vorlage vorgesehene Staffellung zu vergrößern und den Stempel für die Sparkassen, wenn sich Steuerfreiheit nicht erreichen lasse, wenigstens ebenso wie für die Genossenschaften niedriger festzusetzen.

Unterstaatssekretär Schäffer: Die in der Vorlage vorgesehene Staffellung für die Gebührensätze (5 von 10 Millionen bis zu 50 000 Mark, 1 Proz. bis zu 150 000, 1 1/2 Proz. bis zu 300 000, 2 Proz. bis zu 500 000, 2 1/2 Proz. bis zu einer Million, 3 Proz. bis zu 2 Millionen, 3 1/2 Proz. bis zu 3 Millionen und 4 Proz. darüber) wurde schon vorgekommen zum Zwecke der Schonung von kleinen und mittleren Betrieben. Es erscheint fraglich, ob es angebracht ist, über die Vorschläge hinauszugehen. Dem Antrage, die Zinsen für die der Reichsbank und der Staatsbanken überlassenen Reichs- und Staatsgelder freizulassen, kann zugestimmt werden. Auch dem Antrage Erbberger, eine Doppelbesteuerung bei den Genossenschaften zu vermeiden, ist zugestimmt. Man könnte sogar die Zinsen von Banken bei anderen Banken freizulassen, dürfte aber eine Ueberbahrung darstellen, weil hier nicht ein organischer Aufbau wie bei den Genossenschaften vorliegt. Weiterhin bestehen große Bedenken vom fiskalischen Standpunkte gegen eine vollständige Befreiung der Sparkassen. Hierzu liegt auch gar keine Berechtigung vor, da die Sparkassen mit den Banken vielfach im offenen Wettbewerb stehen. Ihre steuerliche Befreiung wäre somit eine ungerechtfertigte Bevorzugung.

Abg. Dietrich (Soz.) fordert eine Berücksichtigung der kleinen Sparkassen und der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Abg. Jund (nl.): Sparkassen und Genossenschaften müssen bevorzugt werden; jedoch nur dann, wenn sie keine auf Gewinn zielenden Bankgeschäfte machen.

Abg. Kieffer (nl.): Mein Vorschlag steht eine Unterbrechung der verschiedenen Sparkassen vor.

Abg. Goltz (Sp.): Eine völlige Befreiung der Genossenschaften läßt sich nicht gutgehen, wobei aber eine Befreiung der öffentlich-rechtlichen reinen Sparkassenunternehmungen.

Gemeint Hofmann: Die völlige Befreiung der Sparkassen würde einen bedenklichen Ausfall bedeuten, während die Befreiung für die einzelne Kasse ganz geringfügig ist.

Abg. Waldstein (Sp.) beantragt, daß durch den Bundesrat die Befreiung öffentlicher Sparkassen auch auf nicht öffentliche Kassen ausgedehnt werden kann.

In der Abstimmung wurde ein Antrag Dr. David angenommen, der die in der Vorlage vorgesehene Staffellung für die höchsten Gebührensätze wie folgt veränderte: Bis zu 10 Millionen 4 Proz., bis zu 20 Millionen 4 1/2 Proz., von den nächsten 10 Millionen 5 Proz., von den nächsten 50 Millionen 5 1/2 Proz., darüber hinaus 6 Proz. Gleichfalls angenommen wurde der Antrag Erbberger auf Befreiung der öffentlichen Sparkassen und der Genossenschaften mit der Hälfte des Stempels, wovon jedoch die Sparkassen ausgenommen sein sollen, die zum Betriebe von Bankgeschäften, insbesondere zum Depositen- und Kontokorrentverkehr mit oder ohne gleichzeitigen Text- und Giroverkehr zugelassen sind; ebenso ein weiterer Antrag Erbberger auf Befreiung der den Kreditgenossenschaften und deren Verbandskassen für Einlagen vergrützten Zinsen, sowie der den öffentlichen Sparkassen für Einlagen bei unter Staatsaufsicht stehenden öffentlichen Giroverbänden vergrützten Zinsen und schließlich der Antrag des Zentrums auf Befreiung der Reichsbank und der Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Speck- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erbberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandskassen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder berechnen, zu befreien.

Ueber 205 000 Gefangene.

Berlin, 11. Juni. Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an die Deutschen verloren haben, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Zahl der Gefangenen zwischen Ostpreußen und Polen geschätzt. Die Entente hat nunmehr auf den verlassenen Antriebsfronten das gesamte über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszone mit ungenutzten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen verdichtet.

Der neueste Vorstoß.

Geldandengewinn bis zu 7 Kilometer Tiefe. Berlin, 11. Juni. Der Angriff der Armees des Generals v. Hutier südwestlich von Nogon trat einen Frontanmarsch des Feindes, auf dem der Gegner einen Angriff erwartete und erwartete nicht. Um so höher liegt die Bedeutung des neuen deutschen Sieges, wie ihn die Entente in ihren Unberechenbarkeiten niemals erlangen konnte. Denselben Kraft zwar gegen gesammelte und vorbereitete französische Infanterie und unter Berücksichtigung, die dem Gegner Grund vorhoffnungen auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes geben konnten. Die Ausgansstellungen der deutschen Sturmtruppen der Armees v. Hutier boten hier Schwierig-